

Paris, 14. Oktober. Die Angehörigen der Nordbahn durch das Zentral-Syndikat der Eisenbahnen abermals an die Regierung und die Arbeiter versprochen, abermals ihre Vermittlung; sie ist auch Schritte bei der Nordbahn-Gesellschaft ergriffen, aber nur teils abschlägige, teils dilatorische Antworten. Es ist sehr bezeichnend, daß durch diese enge Verzögerung die Unzufriedenheit in den Kreisen der Eisenbahner wächst und daß es nur eines geringfügigen Anlasses, eines kleinen Streiks in den Verhältnissen der Nordbahn wegen der Ungleichheit der Lohnzuschläge bedarf, um die ganze Bewegung mit aller Macht und auch mit dem Generalfstreik als ultima ratio der Arbeiter ausbrechen zu lassen. . .

Die meisten Morgenblätter beginnen bereits von einem Zusammenbruch des Streiks zu sprechen, wobei selbstverständlich der Wunsch der Vater des Gedankens ist. Wie der unvorbereitete, erplößt über die Köpfe der Führer hinweg ausgediehene Streik angegeben wird, ist bei der wenig straffen Organisation der französischen Arbeiter nicht vorauszusehen. Eine nachhaltige Wirkung hat er zweifellos schon jetzt; er hat den Bahnkapitalisten und ihren Helfershelfern auf dem Ministerfessel drohend gezeigt, daß sich auch Eisenbahner nicht ewig nasfügen lassen.

Vom Kriegsschauplatz.

Paris, 14. Oktober. Die Stimmung im Ministerium ist zuberstlicher geworden. Dieser Optimismus gründet sich hauptsächlich auf Nachrichten aus allen wichtigen Provinzialstädten, weil die von der Pariser Arbeiterbüchse ausgehenden Befehle den Verhältnissen der Provinzarbeiter wenig Rechnung tragen und demzufolge entweder nur sehr langsam durchgeführt werden oder ganz unberücksichtigt bleiben, namentlich ist es die Anordnung des Pariser Zentralkomitees, der von den Eisenbahnern Widerstand entgegengezeigt wird. Nach den heute mitgeteilten Depeschen ist die Zahl der Militärdienstverweigerer in den französischen Departements gering. Viele von denen, die sich gestern noch trotzig gebärdeten, haben sich gestellt, weil ihnen bekannt wurde, daß die Gendarmerie bereit ist, jeden einberufenen Reservisten in vorläufige Haft zu nehmen. Der Elektriker-Abteilung Pataud, der verhaftet werden sollte, war unauffindbar.

Paris, 14. Oktober. Eine Bekanntmachung der Ostbahngesellschaft besagt, daß die Ausstandsbestimmung auf ihren Linien als beendet anzurechnen werde. In einer Veröffentlichung des Ministeriums der öffentlichen Arbeiten wird eine merkliche Besserung auf den Linien der Nord- und Westbahn festgelegt. Bei der Paris-Orléans-Mittelmeerbahn ist noch kein normaler Dienst gesichert. Bei der Südbahn sind die Arbeitsbeeinträchtigungen zahlreich, doch wird der Dienst allmählich erhalten.

In Marseille haben die Eisenbahnbediensteten beschlossen, um Mitternacht in den Ausstand zu treten.

Paris, 14. Oktober. Auf den Linien der Südbahn sind heute zahlreiche Angestellte dem Dienst ferngeblieben. In Toulouse sind alle Güterzüge ausgefallen. In anderen Städten des Südbahnnetzes macht sich der Streik nicht sehr fühlbar.

Paris, 14. Oktober. Die Versammlung der Eisenbahner zum Protest gegen die Einberufung zum Militärdienst fand heute abend unter außerordentlichem großem Andrang statt. Die Teilnehmer wurden durch Flugblätter aufgefordert, nach Schluß der Versammlung ruhig auseinander zu gehen. Die Polizei hatte umfassende Maßnahmen getroffen.

Paris, 14. Oktober. Im Ministerrat erklärte Minister Millerand, die zum Militärdienst einberufenen Eisenbahner müßten dem Befehl bei Vermeidung von Gefängnisstrafe unversäglich Folge leisten. Die Refraktionskommission hätte heute die Gefängnisbefehle für die Eisenbahner befristet.

In der heutigen Nacht und heute vormittag sind aus der Provinz zahlreiche Hufe mit Lebensmitteln eingetroffen. Auch im Laufe des heutigen Tages wurden wieder zahlreiche Verhaftungen wegen Beeinträchtigung der Arbeitsfreiheit vorgenommen; auch sind neuerdings wieder eine Anzahl von Saboteurs zu verzeichnen, die sich besonders in dem Festland von Tergochten und Trichopolien aufgerieben. Die von beschriebenen Hünen zur Aufrechterhaltung der Verbindung nach der Grenze zur Verfügung gestellten Automobile werden von den Reisenden nur sehr wenig benutzt, da sich der Preis für die Fahrt immerhin auf circa 100 Frank pro Person berechnet.

Solidaritätskundgebungen.

Paris, 14. Oktober. Alle Elektriker der Untergrundbahn stellten den Dienst ein. Infolge des Ausstandes der Arbeiter der Elektrikzentrale, von der die Habel der Metropolitainbahn gespeist werden, mußten Truppen zur Aufrechterhaltung des Betriebes herangezogen werden. Das Dienstpersonal der Metropolitainbahn hat die Arbeit nicht eingestellt.

Paris, 14. Oktober. Bei Beginn der Dunkelheit versagte an vielen Stellen der Stadt die elektrische Beleuchtung. In der Protestversammlung der Eisenbahner gegen die Einberufung zum Militärdienst hielten mehrere sozialistische Abgeordnete, darunter Jaurès, Reden, worin die Regierung heftig angegriffen wurde. Schließlich wurde eine Tagesordnung angenommen, in der die Solidarität der Sozialisten zum Ausdruck gebracht wird; die Gesellschaften der Arbeiter beauftragt werden und der Regierung vorgeworfen wird, daß sie den Arbeiter den Streikverweigerer. Nach Schluß der Versammlung herrschte in dem ganzen Viertel von Saint-Anoine große Erregung. In einer dunklen Straße wurden 2 Revolverbesitzer abgefeuert, doch wurde niemand verletzt. Am Mitternacht war die Ruhe wieder hergestellt.

Paris, 14. Oktober. Streifende Mauer versammelten sich auf dem Montmartre, um einen Demonstrationen zu veranstalten. wurden aber auf dem Marsch nach dem Gleichplatz von Polizei und Gendarmerie aufgehalten. Bei dem Zusammenstoß wurde ein Gendarm durch eine geschleuderte Flasche verletzt. Als etwa 1000 Demonstranten sich wieder zu einem Zuge vereinigten und über die Rue de la Bourse Montmartre zurückmarschierten, wurden sie abermals von der Polizei gestreut, wobei ein Polizeioffizier erheblich verletzt wurde.

Der Verband der Post- und Telegraphenbeamten Frankreichs hat dem Eisenbahner-Syndikat 5000 Frank überwiesen. Aus Vorbezug kennt die Regierung, daß 20000 Angestellte und Arbeiter der Bahngesellschaft, die den Verkehr von Südwest-Frankreich nach der spanischen Grenze vermitteln, sich dem Ausstand anschließen. In der Pariser Volksdruckerei ist man auf Grund der in der Nacht eingetroffenen Nachrichten zu der Überzeugung gelangt, daß ein gefährlicher Meutereifzug zu erwarten ist.

Unterhandlungen.

Paris, 14. Oktober. Das Streikkomitee hat an den Kabinettschef einen Brief gerichtet, worin es sich beklagt, daß es noch immer keine Antwort auf den vorigen Brief erhalten habe. Der Ministerrat beauftragte folge dieser Mitteilung, die Anordnungen zu beschließen, die bereits vor einiger Zeit von dem Kabinettschef beauftragt waren und die zur Zeit vor dem Ausstand von den Delegierten der Arbeitergruppen aufgehoben worden waren. Diese Anordnungen bestehen darin, den verschiedenen Eisenbahngesellschaften die Forderungen ihres Personals in möglichst prägnanter Form zu unterbreiten und die Antwort den Anknüpfungen zu übermitteln. Der Ministerpräsident hat augenblicklich die Unterhandlungen fort und verüßt, die Einzelheiten eingehend zu bestimmen, der Regierung mitzuteilen, welche Maßnahmen sie zugunsten des Personals zu treffen gedenkt.

Paris, 14. Oktober. Der Ministerpräsident Briand empfing eine Delegation des Seine-Departements und erklärte, daß er das Streikkomitee nicht anerkenne und nur den Ausschußverteilern des Eisenbahnerpersonals eine Unterredung gewähren werde.

Paris, 14. Oktober. Die Pariser Abgeordneten haben in einer heute stattgefundenen Versammlung beschließen, dem Kabinettschef volle Bewegungsfreiheit zu lassen, um den Konflikt mit den Eisenbahnern möglichst bald beizulegen. Im Laufe des Nachmittags ging dem Kabinettschef ein sozialistischer Vorschlag zu, betreffend eine Einberufung der Kammer, doch wurde dieser Vorschlag abgelehnt.

Der Aufruf des Streikkomitees.

Die Humanität veröffentlichte in ihrem Extrablatt vom Dienstag folgenden Aufruf des Streikkomitees.

Warum streiken die Eisenbahner?
Die Eisenbahner streiken deshalb, weil das ihr gesetzliche Recht ist. Weil sie nach allen oft wiederholten, doch niemals gehaltenen Versprechungen festhalten: die Eisenbahngesellschaft und die Regierung haben sich gegen die Arbeiter verhalten; die Arbeiter können nur auf die eigene Kraft hoffen, um ihre Arbeitsbedingungen und ihren Lohn zu verbessern. In dem Moment, wo dieser so gigantische und so ernste Konflikt ausgebrochen ist, wollen die Eisenbahner die Verantwortlichkeit eines jeden präzisieren. Sie sagen:
Den Regierenden!
Ihr seid die wirklichen Verantwortlichen, denn nachdem ihr und gesehentlich habt, nachdem ihr uns gegenüber die Verechtigung unserer Beschwerden anerkannt habt, habt ihr unsere Gebuld und unsere Mühseligkeit mißachtet; und nichts getan, um unsere Vorgesetzten zum Nachgeben zu bewegen.

Die Kammer hat erklärt, daß sie bereit sei, dem Artikel 9 des Gesetzes über unsere Pensionen rückwirkende Kraft zu verleihen. Ihr habt nichts getan, um diesen Vorbehalt zu sanktionieren.
Ihr konntet einen Druck ausüben auf die Eisenbahngesellschaften, um sie zu Verhandlungen mit dem Nationalen Syndikat, das 100.000 Mitglieder zählt, zu zwingen.
Ihr habt es nicht getan!

Ihr konntet gegen die Gesellschaften das öffentliche Interesse geltend machen:
Ihr habt es nicht getan!
Ihr konntet gegen die Gesellschaften die Strenge des Eisenbahngesetzes geltend machen:
Ihr habt es nicht getan!

Im Gegenteil: Ihr habt euch gegen uns gewandt:
Ihr habt von der Milderheit der Mobilisation gesprochen und habt die in den Gesellschaften gegenüber eure Macht aus den Händen gegeben, habt euch zu Reuegen dieser Gesellschaften gemacht.
Stets ist die Regierung der Gefangene der Finanzmacht der Eisenbahner geblieben.

Im Jahre 1883 hat die Regierung die Standalösen Konventionen zugelassen, die es den Gesellschaften gestatten, Dividenden an Leute auszuschießen, deren Kapital längst zurückgezahlt ist.
Während es Jahren, bis 1909, habt ihr unter dem Einfluß der Gesellschaften das Gesetz Berthelet-Baudet-Jaurès unterdrückt. Als es endlich votiert wurde, habt ihr die den Arbeitern günstigen Bestimmungen amputiert.
Ihr habt uns von den Wohlthaten des Gesetzes über den allmählichen Ruhetag ausgeschlossen.
Aber ihr habt auch, der anderen Seite im Jahre 1909 den Aktionären der Westbahn ein Geschenk von fünf-hundert Millionen zum Schaden des Staates gemacht.

Wo es sich um die Interessen der „Großen“ handelt, seid ihr sehr leicht bereit, Ausgaben zu machen.
Wo es sich um die „Kleinen“ handelt, erhaltet sie nie etwas.
Ihr seid daher ebenso verantwortlich für den ausgebrochenen Konflikt, dies um so mehr, als einzelne unter euch unsere Erzieher waren und einst dazu beigetragen haben, uns die Schäden der beschriebenen Gesellschaften erkennen zu lassen.

Der Bourgeois!
Wir sagen: wir sind es fast, um einen Hungerlohn zu arbeiten; uns von den Puffern zermalmen zu lassen.
Wir wollen einen kürzeren und weniger erschöpfenden Arbeitstag. Wir wollen besseren Lohn.
Durch unsere Arbeit vermehren wir tagtäglich euren Reichtum. Wir tragen tagtäglich für euch unsere Knochen zu Marne. Ihr wollt auch nicht unserm Elend erbarmen.
Ihr tragt die Verantwortung für den ausgebrochenen Streik, denn ihr habt es unterlassen, die Repräsentanten eurer Macht darauf hinzuwirken, daß mehr Gerechtigkeit und Billigkeit notwendig sei.
Den Arbeitern!
Wir sagen allen Arbeitern der anderen Berufe, daß sie uns in diesem Kampfe helfen müßten.

Viele werden sich durch unsern Streik geschädigt fühlen; aber sie müssen erwidern, daß wir ihre Leidensgenossen sind, die so kämpfen, um ein klein wenig bessere Lebensbedingungen zu erreichen.
Wir haben es fast, uns unter das Joch der Eisenbahnbürde zu beugen, wie wollen unsere Wünsche nach Vervollständigung den Willen, unsere Arbeit in ein richtigeres Verhältnis zu bringen zu den Profitten der Parasiten, der Aktionäre.
Arbeiter aller Berufe! Wir sind besetzt, wenn ihr uns nicht versteht und uns nicht alle eure Sympathie schenkt!

Wie die Streikführer verhaftet wurden.

Ueber die Vorgänge bei der Verhaftung veröffentlichte eine Extraausgabe der Humanität folgenden drastischen Bericht: Wir haben die Nacht in der Redaktion zugebracht. Nachts 11 Uhr erschienen Jaurès, Vaillant, Labrousse, Laugel, Bailin, Albert Lacombe und andere Abgeordnete. Neben dem Redaktions- und Expeditionspersonal der Quercy soziale und der Humanität erwarteten noch das Erscheinen der Politischen Redaktionen, Ughy und Alexander Baranne, die drei sozialistischen Advokaten. Um 9 Uhr 30 Min. endlich vernahmen wir Geräusch von der Straße her. Zwanzig Agenten sind vor der Tür postiert, durch die eben Lépine mit dem Chef der öffentlichen Sicherheit Camard schreitet. Lépine läßt Camard den Vortritt, der, indem er die Schärpe schwingt, erklärt: „Meine Herren, im Namen des Gesetzes, ich habe als Polizeikommissar ein Mandat zu erfüllen.“ Abgeordneter Renaudel gleitet die Herren in das vollgedrängte Redaktionszimmer. Jaurès: „Im Namen der Republik, die das Recht auf den Streik anerkennt, protestiere ich gegen diesen Willkürakt. Wir legen Protest ein gegen die Regierung der Gewalt und des Verrats.“ Lépine (zu Vaillant): „Wollen Sie Ihre gefährliche Verleumdung hier weiter fortführen?“ Allgemeiner Tumult und Hinaruf. Renaudel gelingt es, die Ruhe wieder herzustellen. „Anerkennung“, laut er, „wir haben diese Leute eingeladen, Ihren Aufruf anzuführen.“ Unteren ehemaligen Abgeordneten Alexander Baranne übermann die Wut: „Briand war es“, ruft er, „der mich als Sekretär anstellte.“ Darauf erhob sich ein allgemeiner Sturm von Schimpfwörtern. Auf: „Nieder mit dem Kabinettschef!“ wurden laut. Von den Sozialisten magt jetzt keiner, einen Ton zu reden. Camard beginnt sein Werk; er ruft als ersten Lemoine auf: „Wenig kümmert mich das Gefängnis, wenn nur die Eisenbahner hören, und sie werden regnen!“ Allgemeiner Beifall unterbricht seine Rede. Lacombe nimmt den Verhandlungsbefehl aus den Händen Camards, indem er sagt: „Ich bin der Advokat Lemoinés.“ „Dieselbe Richtung“, sagte der Polizeichef. Er wird von dem Abgeordneten Compère-Morel durch die Polizeikette hindurchgeführt. „Renaudel“ fragt jetzt, umhersehend, Camard. „Er ist da brühen auf dem ehemaligen Sessel Briands.“ emgneht ihm jemand, und Renaudel sagt hinzu: „Sie können auch hier Briand

sehen; selbst seine Heberhalter haben ihn aufbewahrt. Die zurückbleibenden Sozialisten stimmen die Internationalen an.

Deutsches Reich.

Schwarzes Kampfgesindel.

Die Germania, das Berliner Zentrumsblatt, folgt täglich zweimal gegen den bayrischen Verkehrsminister v. Frauendorfer, weil er das Verbrechen begangen hat, einen Arbeiter verhängte Strafverleugung zurückzunehmen. Die drei Arbeiter sollten strafverleugert werden, weil sie an den Türen der Zentralwerkstätte in Weiden Flugblätter verteilt hatten. Die Genmaßregeln richteten an den Minister ein Gesuch, er möge ihnen die Strafe erlassen, aus der ihnen idiosynkratisch wirtschaftliche Nachteile erwachsen würden. Der Minister gab, wie offiziell mitgeteilt wurde, diesem Gesuch nach, weil er einsah, daß diese Nachteile zu dem angeblichen „Bergerchen“ in keinem Verhältnis ständen.

Wegen dieses Sachverhalts lobt die Germania und mit ihr die ganze Zentrumspresse wie eine Vesellene hinter dem Minister her. Durch die Zurücknahme der Strafverleugung soll Herr v. Frauendorfer gezeigt haben, daß er darauf erpicht sei, sich die Gunst der Sozialdemokraten zu erwerben, sein menschliches Verhalten gegenüber den Genmaßregelten wird als „Schädigung der Staatsautorität“ beurteilt. Zugleich werden die üblichen Klatschgeschichten ausgefächelt, um den Minister bei seinem monarchistischen Arbeitgeber zu denunczieren.

Ein Mensch von einigermaßen freisinnigen Empfindungen müßte sich doch sagen, daß es eine Brutalität ist, die Verteilung von Flugblättern, deren Inhalt gleichmäßig nicht so anstandes ist, mit Strafverleugungen zu ahnden! Jeder Christ, der das Christentum im Herzen und nicht bloß auf den Lippen hat, müßte sich damit einverstanden erklären, daß den bei Proletariats und ihren doch sicherlich unschuldigen Familien der angebrochte schwere wirtschaftliche Schaden erspart bleibt! Aber das Pfaffenhum in seinem jamaikanischen Götzen gegen alles, was vor ihm nicht kriechen will. Gerade der Anständigkeit und des menschlichen Empfindens zu fernst, ist eine alte geschichtliche Erfahrung. Kann man die Nezer auch nicht mehr braten, so will man sie doch wenigstens um ihr Brot ringen, und mißlingt der edle Streich, so geht vor Mut darüber alle Scham verloren.

Bethmann als Kammerträger.

In der konserverbalen Monatschrift war der Gedanke ausgesprochen worden: es widerspreche der „eigenen Stellung bei der parteilichen deutschen Staatsregierung“, wenn sie durch ein ständig ausgegebenes Wahlprogramm einer bestimmten Majorität für die Führung der Gesamtpolitik den Weg bereiten wollte; wirksame Wahlparolen zu schaffen, sei Sache der Parteien. Das ist so schon die Kreuzzeitung, eine Anschauung, für die ihr das Verständnis fehlt.

Die Führung der Gesamtpolitik gehört, führt das Blatt aus dem geltenden Staatsmann und eine Regierung, die die Einzelheiten der bürgerlichen Parteien betreiben muß (die Kreuzzeitung hat sich „müde“ durch gesparten Druck hervor), könne nicht ohne Wahlprogramm bleiben. Das eine bestimmte Recht der Führung der Gesamtpolitik übernehmen solle, sei ein absolut unkonformistischer, durchaus demokratischer Gedanke. „Das wäre die Voraussetzung der parlamentarischen Herrschaft. Nein! Abhängigkeit von den Parteien und den Wahlparolen kann der Reichstag nicht machen. Er hat zu führen, er hat das Kammer zu pflanzen, um das die positiven Parteien sich sammeln.“

Bethmann soll wohl solche Auffassungen von dem Reich seiner Kanzlerschaft mit aufrichtigem Entsetzen vernehmen. Als er vor etlicher Zeit den Verlust machte, das Banner auszufahren, um das die positiven Parteien sich sammeln“, war die Folge ein völliger Parteisturz, der nur wenig nach „Sammeln“ ansah. Die neue Botschaft ward ihm den schweren Seufzer: „Boher nehmen und nicht schießen!“ aus der Tiefe seines philosphischen Gemüts preffen.

Zentrumshege gegen einen Minister.

Die Zentrumspreise fährt fort, eine wüste Hege gegen den bayrischen Eisenbahnminister v. Frauendorfer zu betreiben. Frauendorfer hat, wie wir mitteilen, drei Eisenbahner, die wegen Flugblattverteilung für den „roten Eisenbahnerverband“ von der Behörde strafverleugert waren, auf der Vorstellung wieder in ihre Arbeit zurückkehren lassen. Der bayrische Minister ließ erklären, daß die Nachteile, die den Arbeitern dieses Anstand des Ministers ist aber dem christlichen Zentrum ein Gravel. Auch die Germania bombardiert gleich in Leuten diesen Minister. Sie schreibt ernstlich: „Auch Bayern artete diesen Vorfall.“ Und in einer Zeitungschrift von hochangesehenen bayrischer Seite“ sagt das Berliner Zentrumsblatt:

„Herr v. Frauendorfer hat also wieder einmal ausreißer vor den Forderungen des Hauptes kapituliert; er hat ohne Rücksicht auf Disziplin und ohne Rücksicht auf die Autorität des Eisenbahnpräsidenten und Berstätenvorstandes deren Anordnungen den Sozi zu Liebe über den Dauen hinweg geworfen. Im Laubing will sich Herr v. Frauendorfer mühevoll neben gegen die Sozi ab-, im übrigen aber ist sein Verhältnis zu den roten heute mehr denn je durch den Verr seines Charakterisiert:
„Und grüß mich nicht unter den Linden,
Wenn wir heut abend bestimmen sind
Wird sich schon alles finden.“
Wie lange noch wird Herr v. Frauendorfer in seiner Rolle die Staatsinteressen gegen die Sozialdemokraten als Sozialminister vertreten dürfen?“

In Bayern herrscht das Zentrum, und ein Minister, der es wagt, gegen sozialdemokratische Arbeiter ein klein wenig aufständig zu verfahren, muß weggejagt werden! Es mag dem bayrischen Zentrum wohl gelingen, ihn mißliebige Minister zur Strecke zu bringen. Zugleich aber wird es den Rest seiner Arbeiteranhänger präzisieren.

Der Kampf gegen die Jugend.

Die Frage: Ist die freie Jugendorganisation für Berlin und Umgebung ein politischer Verein unterlag am 14. Oktober der Abschreibung des preussischen Verwaltungsgerichts. Es handelte sich um mehrere Bestimmungen des Berliner Polizeipräsidenten. Die erste vom 20. Oktober 1908 gab dem Vorstande auf, jede Aenderung der Satzungen und der Zusammensetzung des Vorstandes der Polizei anzugeben, weil der Verein ein politischer im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes sei. Nachdem die Mitglieder im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes hatten, teilte dem Oberpräsident am 10. Januar 1910 eine zweite Verfügung der Polizeipräsidenten mit. Auf diese Verfügung wurde der Verein aufgelöst. Auf Grund des § 2 Absatz 1 des Vereinsgesetzes, Aufhebung erfolge auf Grund des § 2 Absatz 1 des Vereinsgesetzes, wonach ein Verein aufgelöst werden könne, dessen Zweck dem Zweck entgegenzulaufe.
Auch gegen diese Verfügung wurde Beschwerde geführt. Der Oberpräsident billigte aber auch sie. Im übrigen termin

er auf seinen Verle...

Paris ließ es un...

Der zweite...

Die Nation...

Der zweite...

Der zweite...

Der zweite...

Der zweite...